



Eschenlohe

HOCHWASSER

Klimazuschlag missachtet

Möglicherweise wären die Millionenschäden des jüngsten Hochwassers in Bayern vermeidbar gewesen, wenn Hinweise in landeseigenen Gutachten befolgt worden wären. Unter Berufung auf eine Studie zum „Klimawandel und Hochwasserschutz“ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst hatte der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf im Frühjahr 2005 einen „Klimaänderungsaufschlag“ von 15 Prozent bei neuen Hochwasserschutzbauten gefordert. In dem jetzt besonders betroffenen Ort Eschenlohe, den Ministerpräsident Edmund Stoiber vergangene Woche besuchte, waren die Schutzanlagen allerdings ohne den „Klimaaufschlag“ ausgebaut worden. Da die bisherige Rekordmarke des Pfingsthochwassers von 1999 jetzt überschritten wurde, überschwemmte die Flut Eschenlohe. Auch andernorts sei der notwendige Klimazuschlag bei der Auslegung von Deichhöhen missachtet worden, so die Umweltorganisation Greenpeace. Millionenausgaben für den Hochwasserschutz seien deshalb „oft für die Katz“.

REID ZIMPEL

BUNDESTAG

Recht auf Auflösung

Innerhalb der SPD sprechen sich immer mehr führende Politiker für ein Selbstauflösungsrecht des Bundestags aus. Innenminister Otto Schily ist mit seiner ablehnenden Haltung zunehmend isoliert. Nach Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und dem SPD-Innenexperten Dieter Wiefelspütz plädiert nun auch Justizministerin Brigitte Zypries für eine entsprechende



Zypries

Gesetzesänderung. „Es muss die Ultima Ratio bleiben“, sagte Zypries, „aber eigentlich muss der Bundestag das Recht haben, sich selbst aufzulösen.“ Voraussetzung sei allerdings ein hohes Quorum an Abgeordnetenstimmen. Der

Vergleich zur Weimarer Republik sei in jedem Falle falsch – „damals hat der Reichspräsident das Parlament aufgelöst“. Auch Verteidigungsminister Peter Struck grenzt sich von seinem Kollegen Schily ab: „Das ist Sache der Fraktionen. Da sollte sich die Exekutive raushalten.“

FRANKE / EOPPIX DE

AUSLANDSEINSATZ

„Tornado“ nach Afghanistan?

Die Bundeswehr erwägt die Entsendung von „Tornado“-Jets nach Afghanistan. Zur Unterstützung der Nato-geführten internationalen Friedenstruppe (Isaf) könnten vier bis sechs Maschinen des Aufklärungsgeschwaders 51 aus Jagel bei Schleswig an den Hindukusch abkommandiert werden, so die Überlegungen im Berliner Verteidigungsministerium. Eine konkrete Planung für den „Tornado“-Einsatz gebe es zwar „zurzeit“ nicht, hieß es vorige Woche im Wehressort, und auch bei der beab-

sichtigten Ausweitung der Afghanistan-Mission im Herbst sei die Verlegung von Jets noch nicht vorgesehen. Die Militärführung wolle aber für die Zukunft eine „Option“ auf die Stationierung der mit Kameras und Infrarotsensoren bestückten Flieger offen halten. Tatsächlich haben Spezialisten der Luftwaffe schon erkundet, wo die „Tornados“ stationiert werden könnten. So besuchten sie das usbekische Termes, wo bereits deutsche Transportflieger und Hubschrauber stehen, sowie Masar-i-Scharif im Nordwesten Afghanistans. Dort will die Bundeswehr einen Stützpunkt beziehen. Allerdings wird der Bundestag voraussichtlich erst Mitte Oktober darüber entscheiden. Geplant ist, den bisher auf die Regionen Kabul, Kunduz und Faiza-

bad beschränkten Einsatz nach Westen auszudehnen und die Truppenstärke des deutschen Isaf-Kontingents von 2250 auf 3000 Soldaten zu erhöhen.



INSA KORTH / DDP

„Tornado“-Kampfflugzeug



Gesicherte Führungsakademie

BUNDESWEHR

Terrorangst an Akademie

Zu starker Unruhe hat die deutsche Irak-Hilfe im Hamburger Stadtteil Blankenese geführt. Nachbarn der dort gelegenen Führungsakademie der Bundeswehr befürchten Terroranschläge, seit in der Einrichtung 22 irakische Generalstabsoffiziere ausgebildet werden. An der Elite-Uni herrscht höchste Alarmstufe, weil die Iraker als besonders gefährdet gelten. Der sonst tätige zivile Wachdienst wurde von schwerbewaffneten Militärstreifen mit scharfen Hunden abgelöst. Das Haupttor der Führungsakademie ist verschlossen. Besucher können die Anlage nur noch durch einen Nebeneingang betreten. Autos